

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Auer-Tageblatt-Vertriebsstellen entgegen. — Geschäftsvermittlung. — Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise für den Anzeiger für das Erzgebirge sind im Anzeiger für das Erzgebirge, Ausgabe vom 1. Januar 1925, Nr. 1, S. 10, veröffentlicht. — Anzeigenpreise für den Anzeiger für das Erzgebirge sind im Anzeiger für das Erzgebirge, Ausgabe vom 1. Januar 1925, Nr. 1, S. 10, veröffentlicht.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 14

Sonnabend, den 17. Januar 1925

20. Jahrgang

Luthers Übergangskabinet.

Berlin, 15. Januar. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther zum Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die nachstehenden Herren zu Reichsministern ernannt:

- Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann (M. d. R.),
- Reichsminister des Innern: Martin Schiele (M. d. R.),
- Reichsminister der Finanzen: noch unbesetzt,
- Reichswirtschaftsminister: Neuhaus, Ministerialdirektor a. D.,
- Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (M. d. R.),
- Reichswehrminister: Dr. Gessler,
- Reichspostminister: Stengel,
- Reichsverkehrsminister: noch unbesetzt,
- Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Graf Ranitz.

Das Reichsjustizministerium ist dem Oberlandesgerichtsrat Schumacher (Mitglied des Reichsrates) angeboten worden, der auch gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete betraut werden soll.

Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Der neue Reichskanzler.

Dr. Hans Luther stand als Oberbürgermeister von Essen an einem Blase, an dem er unstreitig Hervorragendes zu leisten vermochte. Seine damalige Tätigkeit hat auf allen Seiten Anerkennung gefunden. Als Vertrauensmann der Industrie, deren starke Zusammenballung in Essen nicht zum geringsten Teil sein persönliches Verdienst um die Stadt ist, wurde er doch auch den Interessen der Arbeiterklasse — die damals allerdings einen starken Machtfaktor im Stadtparlament darstellte — gerecht. Dr. Luther machte Karriere; er wurde unter Cuno Reichsernährungsminister und als Nachfolger Hilferdings Reichsfinanzminister. Als Finanzminister hat er sich die Gegnerschaft weitest Kreise zugezogen. Die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, die Lohn- und Gehaltsempfänger haben ihm ein einseitig rigoroses Vorgehen gegen die sozial Schwächeren vorgeworfen. Luther hat sich durch die Mißstimmung nicht beeinflussen lassen und mit der ihm zu Gebote stehenden starken Arbeitskraft an der Sanierung der verrüttelten Finanzen gearbeitet. Verwaltungsbearbeiter nach Neigung und Begabung, bestand für ihn die Gefahr, dem Ressortinteresse zu unterliegen. Selbst Stresemann hat — freilich nur als Wahlredner — erklärt, daß Luther ein sozialistisches Interesse manchmal zu weit gegangen sein mag.

Dr. Luther ist ein Mann der konstanten Formen, ein geschickter, klarer Redner. Das sind Eigenschaften, die ihm bei den scharfen Auseinandersetzungen, die im Reichstag bevorstehen, zu statten kommen werden. Aber er ist, wie er wiederholt geäußert hat, nicht Politiker, sondern Verwaltungsbeamter.

Man wird es verstehen können, wenn manche Kreise in Deutschland nach den langen aufreibenden Erfahrungen mit dem routinierten Politiker Stresemann den unpolitischen, routinierten Fachmann gern an der Spitze der Regierung sehen. Freilich ist das Reichskanzleramt doch in erster Linie ein politisches Amt. Auch seine provisorische Führung verlangt gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt weiten politischen Blick.

Reichskanzler Dr. jur. Hans Luther ist am 10. März 1879 in Berlin geboren. Nach längerer Tätigkeit als Stadtrat in Magdeburg und als Geschäftsführer des Preussischen Städtebundes, wurde er im Juni 1918 Oberbürgermeister von Essen. Im Sommer 1920 wurde er in den damals neu gebildeten vorläufigen Reichswirtschaftsrat berufen. Im Dezember 1922 übernahm er das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, im Oktober 1923 das Reichsfinanzministerium.

Der neue Reichsinnenminister Martin Schiele, Herge's Nachfolger als Vorsitzender der Deutschnationalen Fraktion, wurde 1870 bei Stendal geboren. 1897 wurde er Reichstagsabgeordneter des Kreises Jerchow II, dann Mitglied des Reichsausschusses und schließlich Reichstagsabgeordneter des Kreises. 1914 wurde er konstituierender Reichstagsabgeordneter und 1919 als Deutschnationaler in die Nationalversammlung ein. Im Privatberuf ist Schiele Rittergutbesitzer und Fabrikant.

Die Stellungnahme der Demokraten.

Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die deutsche demokratische Fraktion billigt, daß der Vorsitzende die Entsendung eines Vertrauensmannes in das Kabinett Luther abgelehnt hat. Sie steht dem Kabinett mit dem schwersten Bedenken gegenüber und behält sich ihre Stellung zu der Regierungserklärung vor.

Eine Erklärung Dr. Gesslers.

Reichswehrminister Dr. Gessler gewährte gestern einem Vertreter des Süddeutschen Pressebüros eine Unterredung, in der er folgendes ausführte: Sie machen mich auf eine Reihe von Darstellungen aufmerksam, die in der Presse über meine persönliche Haltung in der Kabinettkrise im Umlauf sind. Ich kann darauf nur erwidern, daß mir diese Darstellungen deshalb verwunderlich erscheinen, weil ich während der ganzen Kabinettkrise mir größte Zurückhaltung auferlegte, stets in engster Fühlung mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Herrn Minister a. D. Koch, gestanden und nur mit dem Herrn Reichsminister Marx eine kurze Unterredung gehabt habe. Wenn in einer großen Zeitung davon gesprochen ist, ich hätte die Umbildung des Kabinetts Marx sabotiert und mich sogar gegen die Übernahme führender Demokraten gewandt, so ist das eine Erfindung. Mein Standpunkt während des ganzen Verlaufes der Krise ist der gewesen, daß ich aus persönlichen Gründen das größte Gewicht darauf gelegt habe, endlich einmal eine Zeit der Ruhe für mich zu haben und deshalb auszuscheiden; daß ich jedenfalls nur in ein Kabinett eintreten wollte, dem die demokratische Fraktion mindestens Neutralität bewahrt. Wenn ich auch kein Mitglied der Demokratischen Fraktion bin und deshalb meine Entschlüsse frei treffen kann, so bin ich doch Mitglied der Demokratischen Partei. Ich habe allerdings als Patriot das bringendste Interesse empfunden, kein Hindernis zu bilden, daß Deutschland herauskommt aus dem gegenwärtigen unheilbaren Zustand, der eine schwere Diskreditierung der demokratisch-parlamentarischen Staatsform darstellt, und deshalb bin ich schließlich auch bereit gewesen, meinerseits Opfer zu bringen, die mich im Hinblick auf meine persönlichen Verhältnisse besonders bedrücken.

Ein Druck des Reichspräsidenten auf seine Partei.

Berlin, 15. Jan. Führer der Sozialdemokratischen Partei waren gestern Abend beim Reichspräsidenten. Von gewerkschaftlicher Seite wird der Besuch als rein privat dargestellt. Es verlautet jedoch ziemlich zuverlässig, daß es dem Reichspräsidenten gelungen sei, die Sozialdemokratie von einem parlamentarischen Vorstoß gegen das neue Kabinett Luther vorläufig insofern abzubringen, als kein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett zu erwarten ist.

Neue Regierungserklärung im Reichstag.

Berlin, 15. Jan. Der Vizepräsident des Reichstages hat beschlossen, an der festgesetzten Tagesordnung für Freitag mit der Erklärung der Regierung um 6 Uhr nachmittags festzuhalten. Nach der Regierungserklärung wird die Sitzung auf Sonnabend vertagt werden, um dann um 12 Uhr mit der Besprechung der Regierungserklärung zu beginnen, damit noch am Sonnabend alle großen Parteien zu Worte kommen können. Die Debatte wird dann am Montag um 2 Uhr fortgesetzt werden.

Der „Republikaner“ Neuhaus

Berlin, 15. Jan. Die deutsche Liga für Menschenrechte sagt in einem Schreiben an den Reichspräsidenten, der als Reichsminister in Aussicht genommene frühere Ministerialdirektor Neuhaus habe seinerzeit nicht nur den Eid auf die Verfassung verweigert, sondern auch als Ehrenvorsitzender des deutschnationalen Jugendbundes die Verbindung zwischen dem später wegen Teilnahme an der Ermordung Rathenau's verurteilten „Leutnant“ Gänther und General Lubendorff vermittelt, ferner sei er an dem berühmten „Restabend“ des deutschnationalen Jugendbundes am 24. Juni 1922 zugegen gewesen, auf dem Gänther als Mörder Rathenau's gefeiert wurde.

Reichstagsitzung vom 15. Januar.

Die Reichstagsitzung am Donnerstag begann erst nachmittags 4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen etwa 30 Anträge der Parteien, die sich auf alle möglichen Arbeitsgebiete erstrecken, und zwar handelt es sich um Arbeitergerichte, um Handwerks- und Mittelstandesfragen, um Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, um Fragen des Arbeitsschutzes und der sozialen Versicherung, um Aufwertungsfragen und um den Personalabbau, um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, um Ausnahmetarife der Reichsbahn-Gesellschaft und um Abänderung des Schankstättengesetzes.

Trotz des Schwachen Besuches wird viel geredet. Die Vertreter der einzelnen Parteien fühlen sich verpflichtet, zu den Anträgen das Wort zu nehmen. Immerhin werden die einzelnen Materien verhältnismäßig schnell erledigt und den betreffenden Ausschüssen überwiefen.

In der Debatte über die Anträge, welche die Handwerker- und Mittelstandesfragen behandeln, hielt der deutschnationale Abgeordnete Budjahn eine längere Rede. Der Zentrumsabgeordnete Gfeller und der demokratische Abgeordnete Partschat vertreten die Auffassung, daß mit der Durchsprechung der Anträge in öffentlicher Sitzung nicht viel geholfen sei, daß es besser sei, alle diese schwerwiegenden Einzelfragen eingehend in einer Ausschußberatung zu lösen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Krächig behauptet, daß die treibhausartige Ausdehnung der Kartelle und Syndikate den Zerfall der kleinen Betriebe nach sich ziehe.

Die Gesamtkosten für den Reichstag.

Berlin, 15. Jan. Aus dem Reichshaushalt für 1925 ergibt sich, daß die Gesamtkosten für den Reichstag im öffentlichen Haushalt auf 5 675 830 Mark belaufen, denen eine Einnahme von 15 000 Mark gegenübersteht. Für die Luftwaffenbeschädigungen, die bekanntlich pro Mitglied 582 Mark betragen, sind insgesamt 8,3 Mill. Mark vorgesehen.

Nach Wien nach Berlin abgereist.

Wien, 15. Jan. Der kommunistische Abgeordnete Kay ist heute nach Berlin abgereist, nachdem er sich verpflichtet hatte, sich zu der am 5. Februar gegen ihn anberaumten Verhandlung wegen Fälschung von Reiseausweisen hier dem Gericht zur Verfügung zu stellen.

Zehnmonatsabkommen mit Frankreich?

Paris, 15. Jan. Ein Teil der Pariser Morgenpresse macht Angaben über den Inhalt der von Tretiakow in Leburg überreichten Gegenvorschläge.

Nach dem „Matin“ erklärt sich Deutschland bereit, ein provisorisches Abkommen auf Grund der französischen Mindesttarife einzugehen, wenn ihm eine beschränkte Meißbegünstigung gewährt wird, die sich jedoch auf die Mehrheit der französischen Einfuhrzölle erstrecken muß. Die Einfuhr eisbahnlagerischer Produkte nach Deutschland würde erleichtert werden. Die deutsche Delegation verlangt, daß beide Regierungen während der Dauer des Provisoriums sich aller provisorischen Maßnahmen enthalten müssen.

Der „Petit Parisien“ ist der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge zu deren Prüfung die französische Delegation schon gestern geschildert sei, mit den Bestimmungen des französischen Entwurfes nicht unvereinbar seien. Die deutschen Gegenvorschläge müssen noch genauer formuliert werden, was bei den Besprechungen zwischen den Delegierten der beiden Länder erfolgen wird. Die französische Delegation hat sich zur Prüfung der deutschen Vorschläge nur gegen die Zustimmung bereit erklärt, daß sie besondere Bestimmungen für die Ausführung eisbahnlagerischer Erzeugnisse enthalten. „Echo de Paris“ meldet, in offiziellen Kreisen sei man der Ansicht, daß die Deutschen mit der Unterbreitung der Gegenvorschläge einen Abbruch der Beziehungen zu vermeiden wünschten. Aus den Mitteilungen der Presse läßt sich entnehmen, daß die Franzosen das provisorische Abkommen nur für eine Dauer von höchstens zehn Monaten abschließen wünschen.

Keine Änderung des englischen Standpunktes über die Ruhrbesetzung.

London, 15. Januar. Man meint hier halbamtlich die engere Beteiligung Amerikas an der Ausführung des Dawesplanes könne auch deutscherseits begrüßt werden, da sie jede Wiederholung der Ruhrbesetzung noch unmöglicher mache, als es sie unter dem Dawesplan an sich sei. Das Argument bezüglich der Ruhrbesetzung wird mit dem praktischen Grunde verteidigt, daß ohne es Frankreich und Belgien die ganze Deute für sich behalten hätten. Von einer Änderung des prinzipiellen Standpunktes der britischen Regierung bezüglich der Neutralität der Ruhrbesetzung sei keine Rede.